

Der DWZ-Artikel (10.12.) „Studie: AKW könnte wieder ans Netz“ veranlasst die Kreisgruppe Hameln-Pyrmont des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), einige Fakten darzulegen, die unterstreichen, warum der Wiedereinstieg in die Atomkraft unheilvoll ist.

Ein Gedankenexperiment: Deutschland steigt wieder ein. Ein Wiederanfahren der abgeschalteten Atomkraftwerke (AKW) in Deutschland ist nicht nur rechtlich problematisch, sondern auch technisch und wirtschaftlich nicht umsetzbar:

Rechtliche Hindernisse: Das Atomgesetz müsste von der Bundesregierung geändert werden, was nicht ausreicht, denn die Betreiberfirma Preussen Elektra hat eine rechtsgültige Rückbaugenehmigung. Eine Regierung, wenn sie sich überhaupt erst mal einig geworden ist, müsste also die Firma überzeugen, darauf freiwillig zu verzichten. Wahrscheinlich dann mit Geld. Hinzu kommt noch, dass keines der abgeschalteten AKW heute neugenehmigungsfähig wäre, d.h. nach den derzeitigen Sicherheitsvorkehrungen bräuchte es einen Core-Catcher, der im Falle einer Kernschmelze den Reaktorkern auffangen würde. Dieser ist in den abgeschalteten AKW nicht vorhanden, müsste kostenintensiv nachgerüstet werden, wobei dies vermutlich nicht geht, denn dafür ist im Konzept der alten AKW kein Platz vorhanden. Um die Wiederinbetriebnahme zu genehmigen, müsste der Reaktor dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen. Dies käme einem Neubau gleich und würde zusätzlich Zeit und viel Geld kosten.

Technische Unmöglichkeiten: Alle Reaktorleiter der zuletzt abgeschalteten AKW sind sich einig, dass die Anlagen technisch und organisatorisch nicht mehr weitergefahren werden können. Die Betreiberfirma Preussen Elektra betont: „Wir konzentrieren uns voll und ganz auf den zügigen Rückbau.“ Somit müsste erst mal eine andere Betreiberfirma gefunden werden für die Wiederinbetriebnahme.

Wirtschaftliche Hürden: Möglich, aber äußerst kostenintensiv. Die Betreiber hätten bereits 2020 neue Brennelemente bestellen müssen. Ein Wiederanfahren würde Milliarden kosten: die Konvential-, also Vertragsstrafen an Drittfirmen bei Stillstand des Rückbaus, die Kosten für die Reparaturarbeiten, die Zwischen- und Endlagerkosten für die neu anfallenden Brennstäbe, die Personalkosten in den vermutlich 3-4 Jahren, die es braucht um ein AKW wieder ins Laufen zu bringen.

Atomkraft und Klimaschutz sind kein gutes Gespann: Einige behaupten, Atomkraft könnte zum Klimaschutz beitragen. Doch die Fakten sprechen eine andere Sprache:

Atomstrom trägt vergleichsweise wenig zum Klima bei: Laut Öko-Institut (Uranatlas 2022) spart Atomstrom pro Jahr 1,32 Mio. Tonnen CO² ein, wenn er Braunkohlestrom ersetzt. Windenergie (onshore: 1,41 Mio. t; offshore: 1,43 Mio. t) und Solarenergie (1,33 Mio. t) sparen jedoch mehr Emissionen bei gleicher Strommenge.

Globale Bedeutung der AKW: Die weltweit 415 aktiven AKW tragen nur 2% zur globalen Energie- und etwa 9,1% zur Stromproduktion bei (laut IAEA). Um 10% der globalen Treibhausgasemissionen zu reduzieren, wären 1.000 neue AKW erforderlich.

Kosten: Baukosten eskalieren massiv um nur einige Beispiele zu nennen:

- Flamanville (Frankreich): von 3,3 Mrd. € auf 19 Mrd. €
- Hinkley Point (England): von 3 Mrd. € auf 53 Mrd. €
- Olkiluoto (Finnland): von 3 Mrd. € auf 11 Mrd. €
- Vogtle (USA): von 13 Mrd. € auf 29 Mrd. €
- Virgil C. Summer (USA): der Bau wurde abgebrochen nach der Kostensteigerung auf 25 Mrd. €.

Der Zeitaufwand ist zu groß: Die durchschnittliche Bauzeit eines AKW beträgt 10 Jahre. Mit Genehmigungsverfahren und eventuellen Klagen dauert es insgesamt 18–20 Jahre bis zur Inbetriebnahme. Ein 2025 gestartetes Projekt würde also frühestens 2043 CO² „einsparen“ – zu spät für die deutschen Klimaziele bis 2045.

Erneuerbare Energien sind die bessere Wahl: Zum Vergleich: Der Offshore-Windpark Hornsea One (1.218 MW) in der Nordsee wurde in nur 20 Monaten gebaut (2018–2020) und spart jährlich mehr CO²

als 15 AKW bei gleichen Investitionskosten: Wind (onshore): 47,1 Mio. t / Solar (Dächer): 34,3 Mio. t / Wind (offshore): 30,2 Mio. t / Atomkraft: 20,0 Mio. t

Zusätzlich erzeugen Wind- und Solarenergie keinen Atommüll.

Mythos Grundlast: Atomkraftwerke können nur Grundlast, aber sie sind starr und können Stromspitzen nicht abfedern. In Frankreich, Spanien und Finnland wurden im Jahr 2024 AKW vom Netz genommen, da sie wegen eines Überangebots zu teuer wurden. Flexible Gaskraftwerke übernahmen die Spitzenlast. Die Antwort auf schwankende Stromnachfrage liegt in intelligenten Netzen, Speichern und (geringfügig) grünem Wasserstoff für Dunkelflauten.

Internationale Entwicklung: Die Behauptung, „die ganze Welt setzt auf Atomkraft“, ist falsch. In der EU sind 15 Länder ohne, 12 Länder mit AKW. Spanien plant die Abschaltung aller AKW bis 2035. Polen hat den Baubeginn seines ersten AKW auf 2040 verschoben. Aktuell gibt es 100 AKW in der EU, von denen 61 bis 2040 abgeschaltet werden sollen. Nur zwei neue Reaktoren sind im Bau. Die Atomstromproduktion in der EU wird also abnehmen.

Was ist mit China? China betreibt 57 AKW und hat 27 weitere im Bau. Der Anteil am Strommix beträgt jedoch nur 4,9%. Im Jahr 2023 erzeugten Wind und Solar 1.455 TWh Strom – fast das Vierfache des Atomstroms (406 TWh). Die Investitionen zeigen den Trend: 2.500 Mrd. CNY in Solar, 87 Mrd. CNY in Atomkraft.

Die altbekannten Risiken der Atomkraft bleiben:

- Risiko schwerer Unfälle (z. B. Fukushima, Tschernobyl).
- Ungelöste Endlagerproblematik für Atommüll.
- Strahlenbelastung im Normalbetrieb.
- Umweltzerstörung durch Uranabbau.
- Geopolitische Abhängigkeit (z. B. Russland).
- Atomkraftwerke als potenzielle Kriegsziele.
- Proliferation: Gefahr der Verbreitung von Atomwaffen.

Fazit: Erneuerbare Energien wie Wind und Solar sind schneller, günstiger und sauberer als Atomkraft. Sie tragen wesentlich mehr zur CO₂-Reduktion bei und vermeiden die schwerwiegenden Risiken der Atomkraft.

Andrea Brenker-Pegesa
BUND Hameln-Pyrmont